

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 7. Mai 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **A 122 Anfrage Lüthold Angela namens der SVP-Fraktion über die laufende Konsultierung zum EU-Verhandlungsmandat / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Angela Lüthold ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Angela Lüthold: Ich habe ein gewisses Verständnis für die Antworten auf meine Fragen, hätte aber eine eigene Haltung der Regierung auf einer gewissen Flughöhe vorgezogen. Zu Antwort 1: In Artikel 1 des «Common Understanding» ist klar und unmissverständlich festgehalten, dass sich die Schweiz automatisch der dynamischen Rechtsübernahme unterwirft. Somit wird die gesetzgeberische Hoheit in der Schweiz in weiteren Teilen komplett aus der Hand gegeben. Zudem kann die EU die Definition, was binnenmarktrelevant ist, jederzeit einseitig ausweiten. Beispielsweise ist in Brüssel vielen Leuten die kantonale Steuerhoheit ein Dorn im Auge. Die EU möchte europaweit gleiche Gesetze und Rahmenbedingungen (Level Playing Field). Aus Sicht der Kantone hätten also spätestens hier klare Einschränkungen verlangt werden sollen. Es ist enttäuschend und unakzeptabel, dass die Kantonsregierung solche massiven Einschränkungen einfach hinnimmt. Zu Antwort 2: Auch der Marktzugang ist dynamisch geregelt. So ist beispielsweise in Artikel 3 des Common Understanding das Thema Lebensmittel klar beschrieben. Das bedeutet, dass staatliche Beihilfen nicht automatisch gesichert sind. Auch hier wären klare Vorbehalte angebracht gewesen. Zu Antwort 3: Diese Antwort ist nicht korrekt. Auch hier ist in Artikel 12 klar definiert, dass die Europäische Kommission und die Schweiz die Auffassung teilen, dass alle bestehenden und künftigen Binnenmarktverträge als kohärentes Ganzes betrachtet werden. Es ist festgehalten, dass die Strafen, sogenannte Ausgleichsmassnahmen, nicht nur im entsprechenden Abkommen, sondern in jedem anderen Binnenmarktvertrag angewendet werden können. Die Schweizer Bevölkerung könnte zwar abstimmen, müsste aber bei einer Entscheidung, die nicht dem EU-Recht entspricht, in irgendeinem Bereich mit Strafen rechnen. So gesehen wird die direkte Demokratie ausgehebelt. Zu Antwort 4: Ich verstehe nicht, wie eine Kantonsregierung die folgenden Verpflichtungen ohne Weiteres unterstützen kann: automatische dynamische Übernahme des EU-Rechts, der Europäische Gerichtshof hat bindend das letzte Wort, und wenn das Schweizer Volk bei Initiativen und Referenden gegen den Willen der EU entscheidet, hat dies Ausgleichsmassnahmen im Sinn von Strafen zur Folge. Zusätzlich werden neu regelmässige Milliardenzahlungen an die EU fällig. Zu Antwort 5: Der gesamte Bereich der Personenfreizügigkeit ist der dynamischen Rechtsübernahme unterstellt. Zu Antwort 6: Diese Antwort ist nicht korrekt. Zwischenzeitlich

hat sogar der Bundesrat aufgrund der zahlreichen kritischen Antworten in der Vernehmlassung aufgenommen, dass das Freihandelsabkommen explizit ausgenommen werden sollte. Im Verhandlungsmandat will man dies einbringen. Abschliessend halte ich Folgendes fest: Ich verstehe es nicht, dass sich der Kanton hinter einer konsolidierten Antwort der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) versteckt, die keinerlei demokratische Legitimierung hat. Ich hätte erwartet, dass sich die Luzerner Regierung eigenständig einbringt. Für das Gewerbe, die Wirtschaft und die Gewerkschaft sind die Antworten zentral und unverständlich. Die Wirtschaft exportiert viel in den EU-Raum, die Schweiz kauft in der EU jedoch jährlich für rund 23 Milliarden Franken mehr ein, als im Gegenzug exportiert wird. Interessant wäre gewesen, wie viel der Kanton Luzern im EU-Raum einkauft.

Anja Meier: Die SP-Fraktion begrüsst es, dass man sich an den Verhandlungstisch setzt, um die wichtigen Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide und dauerhafte Grundlage zu stellen. Die Schweiz ist Teil von Europa und keine Insel. Gerade in Zeiten geopolitischer Verwerfungen und des Aufstiegs autoritärer Regimes ist es für die SP klar, wo die Schweiz wertemässig zu Hause ist. Ein paar Fakten: Im neuen Rahmenabkommen sind heute wie auch künftig keine fremden Richter vorgesehen. Wichtig ist, dass es einen gemeinsamen Weg gibt, um Konflikte beizulegen. Die Schweiz gewinnt mehr, wenn Konflikte nach einem klaren, rechtsstaatlichen Verfahren gelöst werden können und dieses sich nach einem Prozess richtet, der sich bereits in anderen Verträgen bewährt hat, also mit Ausschuss und paritätischem Schiedsgericht und damit, dass sich die ausgleichenden Massnahmen an das Prinzip der Verhältnismässigkeit halten müssen. Die Schweiz müsste mit einem Institutionellen Abkommen (InstA) auch nicht sämtliche Gesetze der EU übernehmen. Es gibt insgesamt 140 bilaterale Abkommen, und die dynamische Rechtsübernahme beschränkt sich auf die fünf Binnenmarktabkommen Personenfreizügigkeit, Luft- und Landverkehr, technische Handelshemmnisse und Landwirtschaft. Selbst dort gibt es keinen Automatismus. Die Schweiz könnte über jede einzelne Übernahme innerhalb dieser Binnenmarktabkommen autonom entscheiden. Die direkt-demokratischen Entscheidungsprozesse werden dabei gewahrt. Die Schweiz hat jeweils zwei Jahre Zeit. Sollte es zu einem Gesetzesreferendum kommen, wird der Schweiz ein zusätzliches Jahr zur Umsetzung zugesichert. Die Souveränität der Schweiz wird mit einem neuen Rahmenabkommen sogar weiter gestärkt. Es ist vorgesehen, dass die Schweiz bei der Entwicklung des relevanten EU-Binnenmarktrechts künftig wie EU-Mitgliedsstaaten systematisch konsultiert wird und ihre Anliegen im Rahmen des «Decision Shaping» aktiv einbringen kann, also in einer Vernehmlassung, wie wir sie kennen. Die Zahlen zeigen, dass die Schweiz das Land ist, das finanziell am meisten vom Binnenmarkt profitiert. Deshalb ist es auch nur gerechtfertigt, dass wir mit den Kohäsionszahlungen auch einen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa leisten. Anders gesagt: Die Schweiz wohnt seit Jahren im besten WG-Zimmer. Deshalb ist es gut und recht, dass sie auch Miete bezahlt und sich an den Aufgaben beteiligt. Die Europapolitik ist aber kein Selbstzweck, sondern muss das Leben beidseits der Grenzen verbessern. Es darf keine wirtschaftliche Integration ohne soziale Absicherung geben. Die SP-Fraktion nimmt deshalb die Regierung beim Wort, wenn sie sagt, dass das Niveau der geltenden schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrechterhalten werden muss. Wir appellieren an die Regierung, sich auch in diesem Sinn bei der KdK und beim Bund einzubringen.

Franz Räber: Zur Sicherung unseres Wohlstands und unserer Sicherheit braucht es auch eine zielführende Aussenpolitik. Ziel muss sein, dass die Unternehmungen innerhalb der Schweiz und ausserhalb der Schweizer Grenze Zugang zu den Märkten erhalten und damit die bestehenden Geschäftsbeziehungen ausbauen und stärken können. Für die FDP-Fraktion

gilt es Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten. Zentral für unsere Arbeitsplätze ist dabei der Zugang zum Binnenmarkt der EU als wichtigster Kunde unserer Exportwirtschaft. Die FDP setzt sich als einzige Partei immer ohne Wenn und Aber für den bilateralen Weg mit der EU ein, lehnt aber sowohl einen EU- oder einen EWR-Beitritt als auch eine Abschottungspolitik ab. Zusätzlich setzt sich die FDP für neue Freihandelsverträge mit Drittstaaten in aufstrebenden Wirtschaftsregionen ein. Die guten Dienste und die Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten müssen gewahrt und wo nötig gestärkt werden. Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind für die Schweizer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind unsere wichtigsten Handelspartner, und wir teilen gemeinsame Werte und Kulturen. Gute und verlässliche Beziehungen sind deshalb für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft zentral. Der bilaterale Weg hat sich für beide Parteien als massgeschneiderte Option erwiesen. Mit diesem Verhandlungsmandat werden die Voraussetzungen für eine Fortsetzung und eine Weiterentwicklung des bilateralen Weges geschaffen. Wer diesen Weg torpediert, ist verantwortungslos und schadet den Interessen der Schweiz. Eine Blockadehaltung setzt zusätzlich mutwillig Arbeitsplätze aufs Spiel. Die FDP übernimmt diese Verantwortung und setzt sich für eine konstruktive Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen ein. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass die Schweizer Souveränität gewährleistet bleibt. Einer Blockadepolitik, die den Interessen der Schweiz schadet, gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Urs Christian Schumacher: Die Kantone wurden zum Rahmenvertrag mit der EU konsultiert. Gemäss Verfassung gehören Verträge mit rechtsetzendem Inhalt zu den Aufgaben des Kantonsrates, soweit nicht der Regierungsrat allein für den Abschluss zuständig ist. Verfassungsrechtlich eher nicht zuständig und nicht demokratisch mandatiert ist die KdK und ihr nicht demokratisch gewählter Generalsekretär, der bekanntlich beste Beziehungen zu Brüssel pflegt. Mit der Konsultation wurde nach Meinung der Kantone und der Haltung der KdK und ihres Generalsekretärs gefragt. Im Zusammenhang mit der Motion M 928 von Bernhard Steiner wurde darauf hingewiesen, dass die interkantonalen Regierungskonferenzen unser Parlament substituieren. Offenbar sind gewisse Sachgeschäfte zu komplex für uns einfache, demokratisch gewählte Ratsmitglieder. Ich habe schon damals die devote Haltung unseres Parlaments gegenüber der KdK nicht wirklich verstanden. Die interkantonalen Regierungskonferenzen sind zweifellos sinnvoll für die operativen Geschäfte und die Zusammenarbeit der Kantone, aber nicht für strategische Entscheide, die unsere Wählerinnen und Wähler tiefgreifend betreffen. Ich meine, dass das Parlament bei einer Konsultation mitreden sollte und der Kanton nicht der Meinung der KdK zu folgen hat. Gleiches gilt übrigens für die geplanten Verträge mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem Pandemievertrag und den internationalen Gesundheitsvorschriften. Was immer man vom Sinn und Zweck eines Rahmenvertrags mit der EU halten mag: Es gab bessere Zeiten, um über eine Anbindung an die EU nachzudenken. Sich aktuell an ein dysfunktionales, zunehmend kriegsverwickeltes, verschuldetes, bürokratisches und mutmasslich korruptes Konstrukt anzubinden und sich ihm zu unterwerfen, macht nur jemand, der die Souveränität der Schweiz aufgeben möchte. Halten wir also an der direkten Demokratie, der Souveränität und der Neutralität fest, und mischen wir uns nicht weiter in fremde Händel ein.

Fabrizio Misticoni: Die Stellungnahme der KdK stützt sich auf die Standortbestimmung der Kantone. Ich glaube schon, dass diese in einem einigermaßen demokratischen Prozess verfasst wurde. Der Luzerner Regierungsrat hat die Möglichkeit wahrgenommen, sich innerhalb dieser Konsultation zu positionieren. Die Grüne Fraktion unterstützt die Aussage der Regierung, dass ein langfristiges und stabiles Verhältnis zu unserem direkten Nachbarn und mit Abstand wichtigsten Handelspartner essenziell ist. Wir glauben ebenfalls wie die

Regierung, dass die Weiterführung der bestehenden bilateralen Verträge und die Vertiefung der Beziehung in weiteren Bereichen wie Energie und Gesundheit die vorteilhafteste Option ist. Die Antwort zu Frage 8 zeigt deutlich auf, wieso stabile und geklärte Beziehungen mit der EU insbesondere auch für unser lokales Gewerbe, die Wirtschaft und den Tourismus wichtig sind. Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass der Zugang zum EU-Binnenmarkt für die Luzerner Wirtschaft wichtig ist. Gut zwei Drittel der Luzerner Exporte gehen nach Europa. In diesem Zusammenhang verweisen wir sehr gerne und zusätzlich auf die Wichtigkeit von wissenschaftlichen Kooperationen mit unseren Universitäten und Hochschulen und auf einen bereichernden Austausch wie beispielsweise mit dem Erasmus-Programm, die möglich wären oder es aktuell nicht im gleichen Rahmen sind. So wird unser Wissenschaftsstandort sicher nicht gestärkt. Die Fragen wurden umfassend beantwortet, und wir glauben nicht, dass eine separate Veröffentlichung nötig ist.

Melissa Frey-Ruckli: Aus der Antwort des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass Luzern zu den 24 Kantonen gehört, welche die Verhandlungen mit der EU unterstützen. Einzig der Kanton Schwyz war für Ablehnung, und der Kanton Nidwalden hat sich enthalten. Für auswärtige Angelegenheiten und somit für die Verhandlungen mit der EU ist gemäss Bundesverfassung der Bund zuständig. Die Kantone sind jeweils über die KdK auf politischer und technischer Ebene eingebunden. Durch die KdK werden die Interessen der Kantone koordiniert und einbezogen. Der Regierungsrat des Kantons Luzern hat seine Pflicht wahrgenommen, indem er sich gegenüber der KdK positioniert hat. Gemäss herausgegebener Stellungnahme der KdK werden die Erwartungen und Anliegen der Kantone im Entwurf des Verhandlungsmandats mit der EU grundsätzlich erfüllt. Die noch offenen Fragen werden jetzt durch die Verhandlungsführenden geklärt werden müssen. Das soll im besten Interesse der Schweiz und ihres Verhältnisses zur EU erfolgen. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Sicht des Regierungsrates, dass das Bestehen der bilateralen Verträge und ein langfristiges und stabiles Verhältnis zur EU essenziell sind.

Thomas Alois Hodel: Ich nehme zur Aussage von Anja Meier Stellung, dass die Schweiz das beste WG-Zimmer besitzt und nichts dafür bezahlt. Die Schweiz hat mit der EU ein Handelsdefizit von 4 Milliarden Franken. Wir geben also im Handel mit der EU 4 Milliarden Franken mehr aus, als wir über die EU einnehmen. Es ist ganz klar, dass die EU unser wichtigster Handelspartner ist, aber sie profitiert nachweislich mehr. Zudem müssen wir mit dem ganzen Transitverkehr über die Alpen, knapp 1 Million schwere Transportfahrzeuge, leben. Auch das kann in die Waagschale geworfen werden. Zudem bezahlt die Schweiz einen nicht unwesentlichen Teil an die Forschungszusammenarbeit. Ich finde es deshalb etwas übertrieben zu sagen, dass wir das beste WG-Zimmer haben und nichts dafür bezahlen.

Anja Meier: Ich habe mich bei meiner Aussage auf eine Studie bezogen, die vor drei Jahren erschienen ist und die verglichen hat, in welchem Land die Bevölkerung durch hindernisfreie Marktzugänge mehr verdient. Die Schweizerinnen und Schweizer verdienen pro Jahr im Durchschnitt 2914 Euro mehr. Ich habe nicht gesagt, dass die Schweiz keine Miete für dieses WG-Zimmer bezahlt, aber dass man sich nicht gegen eine Überprüfung wehren und einen entsprechenden Beitrag leisten soll.

Riccarda Schaller: Ich bin klar der Meinung, dass die GLP eine absolute Pro-Europa-Partei ist. Wir alle profitieren von einer guten Beziehung zu Europa, und zwar wirtschaftlich, im Bereich der Forschung und Bildung sowie in den Bereichen des kulturellen Austauschs und der Sicherheit. Auf all diesen vier Ebenen ist es essenziell, dass wir als Kanton und als Land eine Haltung vertreten, die uns in eine gute Zusammenarbeit mit Europa führt, und dass wir dafür einstehen. Deshalb finde ich es müssig, darüber zu diskutieren, ob der eine etwas mehr oder der andere etwas weniger profitiert. Ich glaube, dass beide Seiten insgesamt enorm viel

von dieser Koexistenz profitieren.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Der Regierungsrat hat sich gegenüber der KdK für die Aufnahme von Verhandlungen und für das Verhandlungsmandat ausgesprochen. Wir haben das eigenständig getan und uns positioniert. Mehrere Departemente haben dabei mitgewirkt. Wir haben zu den wichtigsten Bereichen Stellungnahmen in Form von Mitberichten eingeholt, nämlich zu den Bereichen Wirtschaftsförderung, Tourismus und Strombildung. Diese Meinungen sind also eingeflossen. Wir haben uns eigenständig positioniert, aber auch Anträge gestellt und Präzisierungen vorgenommen, die von der KdK grossmehrheitlich übernommen wurden. Wie von Melissa Fey-Ruckli erklärt, haben sich 24 Kantone dafür ausgesprochen. Die KdK ist dafür zuständig, die Meinungen der Kantone zu konsolidieren, was sie auch getan hat. Ich vertrete den Kanton Luzern in der KdK. In der KdK finden ausführliche Diskussionen statt. Die Souveränität der Kantone ist in der KdK absolut zentral, und diese wollen wir auch bewahren. Die Stossrichtung des Verhandlungsmandats stimmt für die Kantone, weil sie der Meinung sind, dass die Fortsetzung des bilateralen Wegs der vorteilhafteste ist für ein langfristiges und stabiles Verhältnis zu unserem direkten Nachbar und mit Abstand auch wichtigsten Handelspartner. Franz Räber hat ausgeführt, dass der Zugang zum EU-Binnenmarkt für die Luzerner Wirtschaft von grosser Bedeutung ist. Der Exportanteil am Luzerner BIP betrug 2021 rund 16 Prozent. Gut zwei Drittel der Luzerner Exporte gehen nach Europa. Aber auch für den Bildungsstandort Luzern sind stabile Beziehungen zur EU mit Blick auf das Forschungsprogramm «Horizon Europe» sehr wichtig – deshalb diese positive Stellungnahme an die KdK. Wir merken seit dem Verhandlungsstart im März, dass sich Schweizer Forscherinnen und Forscher per sofort wieder um die Zuschüsse des Europäischen Forschungsrates bewerben dürfen, und sie haben somit auch wieder Zugang zu diesem Programm. Es gibt sehr viele Detailfragen, Einzelfragen und auch grössere Fragen und Herausforderungen, und es wird Aufgabe der Verhandlungsführung sein, diese Fragen und Begriffe im besten Interesse der Schweiz und ihres Verhältnisses zur EU zu klären. Der Regierungsrat hat Vertrauen in den Bundesrat, dass ihm das gelingen wird. Der Abschluss der Verhandlungen ist per Ende 2024 geplant. Zum Verhandlungsergebnis werden das nationale Parlament und die Bevölkerung sowie alle interessierten Kreise – also wiederum auch die Kantone – erneut Stellung beziehen können. Das Thema wird uns sicher noch länger beschäftigen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.